

**Adam-Smith-Sonderpreis an Angelika Zahrt 2024**

Lieber Kai, liebe Carolin, liebe Freundinnen und Freunde des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, liebe Gäste,

Zunächst einmal möchte ich mich herzlich bedanken für die Verleihung des Adam-Smith Preises für mein Lebenswerk. Ich gestehe, dass ich zunächst bei der Nachricht doch etwas gestutzt habe, weil „Lebenswerk“ sich so anhört, als sei ein Abschluss meines Denkens, Arbeitens und Publizierens erreicht. Ich habe mir zwar selber vorgenommen, dass ich es jetzt mit 80 Jahren etwas ruhiger angehen lassen könnte, aber zur Ruhe setzen wollte ich mich doch noch nicht. Deshalb hat mich so ein von außen gesetzter Schlusspunkt erst einmal ein wenig irritiert, aber nicht so sehr, dass ich den Preis nicht angenommen hätte.

Eine Dankesrede für die Verleihung eines Preises für mein (bisheriges) Lebenswerk: Das lädt zum Rückblick ein, was ich gemacht habe und mit wem ich es gemacht habe, denn was ich gemacht habe, habe ich zumeist mit anderen Menschen zusammengemacht, sodass der Preis eigentlich ein Gemeinschaftspreis ist.

Und jetzt zu meinen Aktivitäten im breiten Rahmen einer sozial-ökologischen Steuerreform und Marktwirtschaft: In der ehrenamtlichen „Projektgruppe Ökologische Wirtschaft“ am Öko-Institut Freiburg habe ich zusammen mit Frieder Rubik und anderen das Konzept der Produktlinienanalyse entwickelt und 1987 veröffentlicht zu der Frage: Wie wird was, wofür, mit welchen Folgen produziert – von der Wiege bis zur Bahre und in den Dimensionen von Natur, Gesellschaft und Wirtschaft.

Das war damals wirklich ein Stück weit visionär und illusionär, weil gar nicht absehbar war, wie dieses Konzept auch empirisch angewandt werden könnte, beim damaligen Stand der Möglichkeiten zur Beschaffung und Verarbeitung von großen Mengen von Daten. Heute und hoffentlich auch in Zukunft gibt es immerhin ein Lieferkettengesetz.

Ende der 80er-Jahre gründeten wir dann auch den bundesweiten BUND-Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen mit meinem Studienkollegen Hans Nutzinger, mit Hans Christoph Binswanger und Rudi Kurz. Wir haben das Konzept der aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform von Binswanger weiterentwickelt und zu einer BUND Forderung gemacht. Das war zunächst innerhalb des BUND durchaus umstritten (Edgar Endrukaitis und Matthias Seiche als damalige Referenten werden sich erinnern), denn es wurde als Ablasshandel heftig kritisiert; zumindest sollten die Einnahmen aus der ökologischen Steuerreform für ökologische Projekte verwendet werden. Aber dann hat sich der BUND politisch massiv für eine ökologische Steuerreform eingesetzt, hat in einer „Großen Koalition“ mit 16 namhaften Wirtschaftsunternehmen ganzseitige Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen und im Spiegel für ein „Umsteuern mit Umweltsteuern“ erworben.

Mit der Kampagne der BILD-Zeitung gegen die Ökologische Steuerreform haben wir ein parodistisches Falsifikat der BILD-Zeitung als „BUNT“-Extraausgabe Ökosteuer entgegengesetzt (mit 140.000 Exemplaren). Ich habe ein Exemplar für die Pause dabei.

Im BUND war ich dann bald Mitglied im Bundesvorstand und stellvertretende Vorsitzende, mit Hubert Weinzierl als Vorsitzendem.

Anfang der 90er-Jahre, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, bestand die große Hoffnung, dass die Friedensdividende durch die Verringerung der Rüstungsausgaben zur Lösung von Armut und Umweltzerstörung führen könne. Nachhaltige Entwicklung war die Hoffnung, ökologische und soziale Probleme gleichzeitig lösen zu können, und in Rio 1992 verabredete die Weltfamilie die Agenda 21 für das 21. Jahrhundert.

Auch in Deutschland gab es viele Bekenntnisse, aber es hat sich politisch nichts getan. Deshalb ist die Zivilgesellschaft aktiv geworden – so haben der BUND und Misereor, und in einer zweiten Studie später Brot für die Welt – die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ herausgegeben, die vom Wuppertal-Institut als wissenschaftlichem Institut gemeinsam mit den Praxispartnern erarbeitet wurde. Die Studie zeigte auf, was nachhaltige Entwicklung konkret bedeutet, es wurden die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit benannt, Umweltziele formuliert, Reduktionsziele errechnet und Wege aufgezeigt, wie diese erreichbar sind. Wichtig waren dabei vor allem die Potenziale der Effizienz, der technischen und organisatorischen Innovationen. Aber gleichzeitig wurde auch die Bedeutung der Suffizienz herausgearbeitet, denn wenn immer mehr effiziente Produkte hergestellt und genutzt werden, stimmt die Umweltbilanz trotzdem nicht und erst recht nicht die Bilanz für die Natur, denn Biodiversität braucht nicht nur effizientere Nutzung, sondern auch Nicht-Nutzung. Und es wurden positive Leitbilder entwickelt für eine Zukunft des materiellen Weniger, Leitbilder wie das „rechte Maß für Raum und Zeit“ oder „Zeitwohlstand statt Güterreichtum“. Es war eine Mischung von Zahlen und Erzählen, heute würde man sagen Narrativen, die vor allem Wolfgang Sachs, Manfred Linz und Reinhard Loske damals so gut gelungen ist, dass es im Erscheinungsjahr 1000 Veranstaltungen zur Studie gab, die oft der Start für lokale Agenda-21-Prozesse waren.

Die Politik hat zwar eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, die aber weitgehend folgenlos blieb. Sie setzte weiter allein auf Technik und Effizienz, worauf Uwe Schneidewind und ich ein Buch zur Suffizienz schrieben: „Damit Gutes Leben einfacher wird“, und für eine Suffizienzpolitik warben, worin die richtigen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle hatten. Unter den Umweltverbänden ist der BUND weiterhin der Umweltverband, der sich am meisten für Suffizienz einsetzt, auch Dank unserer Referentin Christine Wenzl.

Und schließlich setzte ich mich weiter mit dem zentralen Hemmnis für eine konsequente Politik der Nachhaltigkeit auseinander, dem Wirtschaftswachstum. Denn das Wachstum ist die zentrale Zielgröße der Politik, und so wie Wirtschaft und Gesellschaft heute funktionieren, sind die Systeme auch sehr weitgehend vom Wachstum abhängig.

Soweit ein Rückblick, wie sehr die ökologische Steuerreform, das Zukunftsfähige Deutschland, die ökologisch-soziale Marktwirtschaft und Postwachstum mein Leben geprägt haben. Ich hoffe, dass meine Arbeiten ihrerseits diese Themen mitgeprägt haben. Ich danke allen, mit denen ich an diesen und anderen Aufgaben zusammengearbeitet habe, insbesondere auch meinem Verband, dem BUND, der diese Themen zu seinen Themen und damit politisch wirksam gemacht hat. Ich möchte an dieser Stelle natürlich auch dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft danken, denn das Forum hat mit seiner Fokussierung dazu beigetragen, dass der Gedanke „Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“, wie Ernst Ulrich von Weizsäcker es so griffig formuliert hat, zu einem politischen Instrument geworden ist und national, in vielen Ländern und auch weltweit diskutiert und umgesetzt wird. Und dass die Frage des nötigen Ordnungsrahmens für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen stärker auf die politische Agenda gekommen ist.

Aktuell ist allerdings der Anlauf von Wirtschaftsminister Habeck, „die ordnungspolitischen Leitplanken weiterzuentwickeln und aus der sozialen eine sozial ökologische Marktwirtschaft zu schaffen“, die er als die große Aufgabe unserer Zeit beim Start der Ampel im Jahr 2021 bezeichnete, durch die Zeitenwende des Ukraine-Krieges und die finanzielle Enge des Bundeshaushalts stecken geblieben. Hinzu kamen aber auch die Komplexität der Transformationsaufgaben wie beim Heizungsgesetz, die Schwierigkeiten der Kommunikation und die Unübersichtlichkeit von Vorschriften und Bürokratie.

Es zeigt sich, wie wichtig es ist, dass politische Instrumente nachvollziehbar und gut zu vermitteln sind. Das Klimageld in anderen Ländern zeigt ein solches praktikables Instrument, das große Akzeptanz findet.

Die sicherheitspolitischen, die ökologischen, die weltwirtschaftlichen Herausforderungen und die Veränderungen durch die demografische Alterung und die Digitalisierung treffen auf eine Gesellschaft, die sich überfordert fühlt und deshalb anfällig ist für Populisten, die die Probleme nicht sehen wollen und leugnen, die sich an einem Status quo festhalten wollen und die Notwendigkeit von Transformationen nicht einsehen.

Aber auch diejenigen, die diese Probleme realistisch sehen und nach Lösungen suchen, verleugnen ein wesentliches Problem: Wir wollen nicht wahrhaben und haben uns nicht darauf vorbereitet, dass die Zeiten des Wirtschaftswachstums vorbei sind, dass wir uns auf die Postwachstumszeit einstellen müssen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Transformation eine Zeit voller Konflikte sein wird und der soziale Ausgleich und demokratische Beteiligung von entscheidender Bedeutung sein werden, ob sie gelingt.

Ich wünsche dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, dass es mit seiner Arbeit zu dieser großen Transformation beitragen kann, dass neue Initiativen von jungen Menschen wie Fiscal Future und die Zivilgesellschaft sich dafür einsetzen – und auch alle, die heute hier dabei sind!